

Kurdische Perspektiven

Diskussion im Kölner Domforum

Spätestens seit ihrem militärischen Einsatz gegen die Terrormiliz IS geraten Kurden im Nahen Osten wieder zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit. Im Kölner DomForum diskutierten am Dienstag, 14. Juni 2016, rund 170 Teilnehmer mit Podiumsgästen die Situation der kurdischen Bevölkerung in der Türkei, dem Irak und in Syrien. Bei der sachlichen Diskussion fielen dennoch klare Worte.

Unter dem Titel „Kurdische Perspektiven im Nahen Osten“ beleuchtete das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) im Kölner DomForum ein brisantes Thema. Rund 170 Teilnehmer waren der Einladung der Stiftung gefolgt, um mit Expert_innen über die Situation der kurdischen Minderheiten in der Türkei, in Syrien und im Irak zu diskutieren. „Die Kurden sind das größte Volk der Welt ohne eigenen Staat“, stellte der SPD-Politiker Dr. Herbert Schmalstieg, der sich seit Jahrzehnten für die Kurden in Deutschland und im Nahen Osten einsetzt, zu Beginn klar.



Er eröffnete in Vertretung für den kurzfristig verhinderten Rolf Mützenich, Bundestagsmitglied und Vorstandsmitglied der FES, die Veranstaltung. Schmalstieg setzte sich bereits in seiner mehr als dreißigjährigen Amtszeit als Hannoveraner Oberbürgermeister früh für das kurdische Volk ein. Als Kenner des komplexen und in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierten Themas führte er anschließend durch die Gesprächsrunde. „Ihre genaue Zahl kennt bis heute keiner, denn sie werden seit langer Zeit verfolgt und vertrieben“, hielt Schmalstieg zu Anfang fest. Die Hälfte der Kurden lebten heute auf türkischem Gebiet. Daher spiele die Frage, wie der türkische Staat zu den kurdischen Mitbürgern stehe, eine zentrale Rolle. Darüber hinaus leben die Kurden heute vor allem in Syrien, wo ihr Siedlungsgebiet wesentlich von den terroristischen Angriffen des IS betroffen ist, im Irak und auch im Iran. Weitere Hunderttausende sind in aller Welt verteilt.

Historische und politische Zusammenhänge



Günter Seufert von der Stiftung Wissenschaft und Politik, die Politikwissenschaftlerin und ehemalige FES-Stipendiatin Rosa Burc von der Universität Bonn und Kurdistanexperte Martin Weiss betrachteten die teils sehr unterschiedlichen Situationen, in denen sich die Kurden im Nahen Osten und vor allem in der Türkei, im Irak und in Syrien befinden. Insbesondere die historischen und politischen Zusammenhänge beschäftigten die Diskutanten. Diese hätten gerade in der jüngeren Vergangen-

heit durch den Kampf gegen die Terrorvereinigung IS eine neue Aktualität erhalten. „Die Kurden werden immer mehr als entscheidender Akteur im Nahen Osten sichtbar“, sagte Burc. „Sie können damit langfristig zur Stabilität beitragen.“ Dafür sei es aber notwendig, dass sich übernationale Organisationsformen ergeben, die es den Kurden ermöglichen, sich über die Grenzen der vier von ihnen besiedelten Staaten hinweg zusammenzuschließen in einen demokratischen Konföderalismus. Gemeint sei damit der Aufbau einer Selbstverwaltung durch kommunale Basisorganisation, die untereinander vernetzt sind und ohne damit die bestehenden Staatsgrenzen anzutasten. In ihrem Beitrag stellte Rosa Burc das Modell eines nicht-ethnischen Föderalismus vor. Es gehe um ein neues Nationsverständnis, Regionen, die miteinander kooperieren, unabhängig von Grenzen. „Wir müssen uns der Herausforderung stellen, wie wir unterschiedliche Ethnien unter einem Dach vereinen können“, so Burc.



Hinzu kommt, dass die Kurden bisher die Hauptlast der Abwehr gegen die Terrormiliz tragen. „Gleichzeitig gibt es derzeit keine politischen Schutzmächte für die Kurden“, hielt Seufert fest. Zwar würden die Kurden heute vor allem von amerikanischer Seite in ihrem Einsatz gegen den IS unterstützt. Ob dies auch im Falle einer Beilegung des Konflikts so bliebe, dafür gebe es keine Garantien.

„Die Kurden sind derzeit die Bodentruppen der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen den IS.“

Sonderfall Kurdistan-Irak

In seinem Beitrag ging Weiss auf die besondere Situation im Nord-Irak ein. Nach jahrzehntelanger Verfolgung, insbesondere bekannt geworden durch die Giftgasangriffe der irakischen Luftwaffe 1989, genießen die Kurden dort seit dem Ende des Regimes von Saddam Hussein ein hohes Maß an Autonomie. Der Wiederaufbau der zerstörten Region war eine beeindruckende Erfolgsgeschichte. Heute jedoch ist diese erheblich gefährdet durch verschiedene negative Entwicklungen. Dazu gehören das Ausbleiben der den Kurden zustehenden Zahlungen aus Bagdad, die Versorgungsprobleme von über zwei Millionen Flüchtlingen und insbesondere die Bedrohung durch den IS. Die irakischen Kurden haben eine über Tausend km lange Frontlinie zum IS zu verteidigen und stellen damit die Bodentruppen der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen den IS dar. Trotz all dieser Probleme streben die irakischen Kurden die völlige Loslösung vom Irak an und haben dazu ein Referendum angekündigt.



Kein kurdischer Nationalstaat

Einig waren sich die Expert_innen schließlich darin, dass eine Forderung nach einem kurdischen Nationalstaat für alle Kurden die Probleme der Volksgruppe nicht lösen würde. Schließlich würden alle betroffenen Länder eine solche Lösung verhindern wollen. „Die drei Länder haben einen Pakt gegen die Eigenstaatlichkeit der Kurden geschlossen“, unterstrich Schmalstieg. Daher würde ein souveräner kurdischer Staat von

„allen Seiten als schwierig angesehen“. Er bewertet die von Burc prototypisch vorgestellte, föderalistische Lösung als einen interessanten Ansatz. So ließe sich möglicherweise verhindern, dass durch einen Nationalstaat für die Kurden erneut nur künstliche Grenzen geschaffen würden. Dazu Weiss: „Niemand fordert derzeit einen kurdischen Staat. Denn die Kurden sind hier sehr pragmatisch. Aber einen gewissen Traum gibt es.“ Eine Volksgruppe, die aus verschiedenen Stämmen bestehe, könne man nicht auf einmal in einen einzelnen Staat verbinden. Zumal diese Verbindung von außen geschehen müsste. „Historisch gesehen habe ich keine Hoffnung, dass externe Akteure die Situation lösen können“, fügte Burc hinzu.

Politische Situation in der Türkei

Auch der Umgang mit der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK beschäftigte das Podium und die Teilnehmer_innen gleichermaßen. Allzu oft würden auch Kurden in Deutschland in Verbindung mit der PKK gebracht, die durch die Medien vor allem durch Terroranschläge in der Türkei bekannt ist. Das bestätigten auch die Wortmeldungen aus dem Publikum, in dem viele Kurd_innen der Diskussion folgten. Die Entschärfung der Lage in der Türkei sei jedoch in weite Ferne gerückt. „Beide Seiten in der Türkei haben völlig unterschiedliche Vorstellungen von einer Lösung des Konflikts“, hielt Seufert fest. Während die Regierungspartei AKP den Kurden zunächst Rechte wie zum Beispiel eigene Medien einräumte, hätte sie parallel den demokratischen Prozess der Integration völlig gestoppt. Die PKK auf der anderen Seite begreife die Kurden als eigenen Volkssouverän. Beide Positionen hätten den Friedensprozess schon vor langer Zeit scheitern lassen. Insbesondere, so Schmalstieg, sei ein Friedensprozess nur mit Verhandlungspartner_innen auf Augenhöhe möglich. Und dies setze voraus, dass die PKK als legitimer Verhandlungspartner anerkannt und daher das Verbot der PKK auch international und in Deutschland nochmal überdacht werde müsse.



Mittlerweile hat sich die politische Situation jedoch verändert. Mit der HDP sitzt erstmals eine „rechtmäßige politische Vertretung der Kurden“ im türkischen Parlament, so Seufert. Die Aufhebung der Immunität der HDP-Abgeordneten durch die türkische Regierung müsse jedoch als „demokratisches Erdbeben“ verstanden werden, hielt der Wissenschaftler fest. Mit Blick auf die Gesamtsituation der Kurden und die aktuellen Ergebnisse forderte Ex-

perte Weiss unter Zustimmung aller Diskutanten: „Die Bundesregierung muss endlich eine eindeutige und klare Position zur Situation der Kurden beziehen.“

Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem Katholischen Bildungswerk Köln statt.

Text: Felix Winnands

Redaktion: Jeanette Rußbült

Fotos: Friedrich-Ebert-Stiftung

Linkliste:

Günter Seufert

Der Aufschwung kurdischer Politik (SWP-Studie)

http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2015_S10_srt.pdf

Englische Version:

http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2015C38_srt.pdf

Türkei: Per Wahl zur Instabilität?

http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A59_srt.pdf

Martin Weiss

Durchs milde Kurdistan

<http://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/durchs-milde-kurdistan-1106/>

Kurdistan-Irak

http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2015_S10_srt.pdf#page=7

Rosa Burc

<https://www.opendemocracy.net/arab-awakening/rosa-burc/confederal-kurdistan-commune-of-communes>

<https://www.politik-soziologie.uni-bonn.de/institut/lehrkoerper/rosa-burc-m.sc>